



Junge Liberale Vogtland | Jakobikirchplatz 2 | 09111 Chemnitz

Positionspapier - Junge Liberale Vogtland

Die Chancenpartei – Ein Vorschlag für ein neues Selbstverständnis der Jungen Liberale und der FDP

Inhaltsverzeichnis:

Prolog:

- I. Die dramatische Ausgangslage
- II. Die FDP als Erosionsverstärker
- III. Die konstruktive Rolle der Junge Liberale Vogtland

Unsere Reform-Forderungen:

- IV. „Die Chancenpartei“ – Ein Vorschlag für ein neues Selbstverständnis der FDP
- V. „Chancen für alle!“ – Ein Vorschlag für eine politische Programmatik

Chancen für junge Menschen:

- i. Bildung
- ii. Forschung, Innovation und Startups

Chancen für die erwerbstätige Bevölkerung:

- iii. Politische Kultur: Politik ist kein Beruf!
- iv. Infrastruktur und Energie
- v. Migration

Chancen für Menschen im Ruhestand:

- vi. Rente

Epilog:

- VI. Selbstreform statt Schuldzuweisung – unsere Verantwortung als Jugendorganisation
- VII. Fazit

Datum: 13.05.2025

**Regionalverband
Junge Liberale
Vogtland**

Adresse:

Jakobikirchplatz 2
09111 Chemnitz

Kontakt:

www.julis-chemnitz.de/Vogtland
info-vogtland@julis-chemnitz.de

Spendenkonto:

Junge Liberale Chemnitz
DE15 8704 0000 0112 3231 00
COBADEFXXX



Prolog:

I. Die dramatische Ausgangslage

Die Zukunftsfähigkeit Deutschlands steht vor existenzbedrohenden Herausforderungen. Die Standortbedingungen in den Bereichen Infrastruktur, Innovation, Ökonomie und Energie sind international nicht mehr konkurrenzfähig. Das Land der Dichter und Denker ist nun das Land der Behinderer und Bürokraten.

Fehlanreize, Bürokratielasten und eine leistungsfeindliche (Neid-)Kultur hemmen die wirtschaftliche Entwicklung unserer Nation – insbesondere durch die Überlastung unserer Leistungsträger. Seit der Agenda 2010 von SPD-Bundeskanzler Gerhard Schröder finden keine Strukturreformen mehr statt – unser Wohlstand wurde seitdem verwaltet und verschwendet.

II. Die FDP als Erosionsverstärker

Die FDP hat sich in der Rolle als Klientelpartei ohne eindeutige Erneuerungsagenda ins Abseits manövriert. Man diskutiert leidenschaftlich über den Umgang mit anderen Parteien, philosophiert über den Liberalismus und über politische Randthemen – Stichwort Selbstbestimmungsgesetz, e-Fuels, Tempolimit. Man beschäftigt sich jedoch nicht damit, wie ein Zukunftsprogramm für Deutschland aussehen soll und welcher roter Faden als verbindendes Leitmotiv wirkt. Die FDP hat ein Inhalts- und Identitätsproblem, kein Marketing- oder Vertriebsproblem!

III. Die konstruktive Rolle der Junge Liberale

Wir Junge Liberale möchten einen konkreten Beitrag dazu leisten, der FDP ein klares Profil zu geben – mit einer liberalen Identität und einer Programmatik, die den roten Faden künftiger Politik bildet. Unser Ziel ist es, eine Partei mit Wiedererkennungswert und Verlässlichkeit zu schaffen: nicht als „Fahne im Wind“ oder als Koalitionsanhängsel, sondern als eigenständige Kraft, die mit einem festen Wertefundament dauerhaft gebraucht und gewählt wird.

Dazu braucht es eine neue inhaltliche Ausrichtung, die nicht nur auf aktuelle Stimmungen reagiert, sondern langfristig trägt und auf einer stringenten Erzählung basiert. Die FDP muss ein politisches Angebot machen, das Menschen über Legislaturperioden hinweg überzeugt – so wie es andere Parteien mit stabiler Stammwählerschaft längst tun. Unser Vorschlag versteht sich als



Diskussionsgrundlage auf dem Weg zu genau dieser FDP: einer Partei, die für Freiheit, Aufstieg und Eigenverantwortung steht – und damit dauerhaft zweistellig und gesellschaftlich relevant bleibt.

IV. „Die Chancenpartei“ – ein Vorschlag für ein neues Selbstverständnis der FDP

Wir sind eine liberale Partei. Das bedeutet: Im Zentrum unseres Denkens steht der mündige, freie Bürger – nicht der Staat. Unsere Politik zielt darauf ab, jedem Menschen die Möglichkeit zu geben, sein Leben eigenverantwortlich zu gestalten und persönliche Chancen zu ergreifen.

Die FDP sollte sich als Partei der Chancengerechtigkeit positionieren – als Chancenpartei. Das bedeutet, Rahmenbedingungen zu schaffen, die es allen Menschen ermöglichen, durch Leistungsbereitschaft und Eigeninitiative aufzusteigen – unabhängig von Herkunft, sozialem Status oder bisherigem Bildungsweg.

Nur als Chancenpartei, als politische Heimat der sozialen Aufsteiger, der Leistungsbereiten und der Selbstverantwortlichen kann die FDP eine dauerhafte, liberale Kraft in Deutschland sein. Das klare Profil mit dem roten Faden „CHANCEN“, das sich durch alle politischen Diskussionen zieht, ist entscheidend, um langfristig Vertrauen zu gewinnen und eine stabile Wählerschaft aufzubauen.



V. „Chancen für alle!“ – Ein Vorschlag für eine politische Programmatik

Chancen für junge Menschen:

i. Bildung

In einem Land mit wenigen Bodenschätze ist Bildung unser wichtigstes Kapital – der zentrale Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen Regionen. Das deutsche Bildungssystem sollte deshalb das politische Kronjuwel der kommenden Programmatik sein und dafür sorgen, dass Menschen unabhängig ihrer Herkunft und familiären Hintergründe eine exzellente Bildung und Ausbildung erhalten.

Maßnahmen:

- engmaschige, bundesweit einheitliche Leistungserfassung vor, nach und während der gesamten Schullaufbahn (v.a. zur Einschulung, bei Schulwechsel- und abschluss); Abschaffung des Bildungsföderalismus
- verpflichtende Vorschulkurse mit Abschlussprüfung, um einheitliches Niveau an sprachlichen, kognitiven und motorischen Fähigkeiten beim Grundschuleintritt sicherzustellen
- exzellente, konzentrierte Grundausbildung in der Grundschule zur Erlangung der Grundfähigkeiten (Lesen, Schreiben, Rechnen)
- Lehrfokussierung auf MINT-Fächer in Sekundarstufe I + II
- intensive, persönliche Förderung von Begabten und Benachteiligten während der gesamten Schullaufbahn
- große, unkomplizierte (Um-)Schulungsprogramme zur Erhöhung des Lehrkraftangebotes
- deutschlandweit wirtschaftliche Bildung ab der 7. Klasse

Der Staat gibt in Bildungssachen die Lernziele (insb. in MINT-Fächern) und Abschlusstests bundesweit einheitlich vor, jedoch ist die Ausgestaltung des Lernens der Schule, den Lehrern und Schülern selbst überlassen. Innerhalb eines Rahmens besteht also weiterhin die Freiheit zur individuellen Beschulung.



ii. **Forschung, Innovation und Startups**

Innovation, Hochtechnologie und wettbewerbsfähige Unternehmen entstehen durch exzellente, staatlich geförderte Grundlagenforschung kombiniert mit einer hochwertigen Startup-Infrastruktur, potenten (privaten) Geldgebern und der Verfügbarkeit hochqualifizierter Arbeitskräfte in der Region. Das Ziel der Innovationsagenda sollte sein, den nächsten Werner von Siemens auszubilden, das nächste BioNTech oder SAP mit günstigen Rahmenbedingungen zu unterstützen, anstatt Bestandsunternehmen ineffektiv zu subventionieren. Nur so kann Deutschland wieder Innovationsführer werden!

Maßnahmen:

- massive Investition in Universitäts- und Forschungsinfrastruktur (insb. innerhalb der MINT-Forschung)
- Entbürokratisierung und Digitalisierung der Verwaltung (Bereiche Unternehmensgründung, Lizenzen, Patente, Infrastruktur)
- Vereinfachung des Anwerbens von ausländischen Fachkräften (Turbo-Visa, Anerkennung von Abschlüssen, günstige Wohnmöglichkeiten)
- Einrichtung eines Deutschlandfonds (Beitrag zur Aktien-Rente), der als Late-Stage-Investor große Investitionen in deutsche/ europäische Hightech-Startups machen kann, D-Fond verwaltet durch einen (regierungs-) unabhängiges Expertenplenum (Orientierung am norwegischen Staatsfonds)

Chancen für die erwerbstätige Bevölkerung:

iii. **Politische Kultur: Politik ist kein Beruf!**

Politische Betätigung sollte als ehrenvoller Dienst am Gemeinwesen verstanden werden – ein temporäres Engagement für das eigene Vaterland, nicht als lebenslange Karriereoption. Unser politisches System muss offen sein für Menschen mit Berufs- und Lebenserfahrung, die bereit sind, Verantwortung zu übernehmen, ohne zuvor jahrelang durch Parteistrukturen aufgestiegen zu sein. Aktuell werden jedoch solche Quereinsteiger oft benachteiligt, während Berufspolitiker ohne abgeschlossene Ausbildung systematisch bevorteilt sind.

Wir streben einen politischen Kulturwandel an, der langfristige Anreize so gestaltet, dass hochqualifizierte Persönlichkeiten politische Ämter übernehmen können. Diese Unabhängigkeit ermöglicht es ihnen, unbequeme, aber notwendige Entscheidungen zu treffen – auch gegen die öffentliche Meinung. Denn wer nach dem Mandat in seinen Beruf zurückkehren kann, handelt freier und verantwortungsbewusster.



Maßnahmen:

- Mehrjährige sozialversicherungspflichtige oder selbstständige Tätigkeit bzw. ein Berufs- oder Studienabschluss sind Voraussetzung für politische Betätigung in Land- und Bundestag sowie Regierungsämtern
- Begrenzung der Anzahl der Amtszeiten von Regierungsämtern auf 3 Amtszeiten

Diese Reformen fördern eine politische Kultur, in der Mandatsträger nach ihrer Amtszeit wieder in ihre Berufe zurückkehren können. Im Gegensatz dazu steht das aktuelle System, in dem Berufspolitiker ohne abgeschlossene Ausbildung oft keine Alternative zur politischen Laufbahn haben. Diese Abhängigkeit führt dazu, dass Entscheidungen eher im Sinne des Machterhalts als des Gemeinwohls getroffen werden. Wir wollen das beenden und so das Vertrauen in Politik, Politiker und Demokratie wiederbeleben.

iv. Verwaltung, Bürokratie und Steuern

Der ineffiziente, nicht digitale Verwaltungsapparat behindert durch seine Ineffektivität und Behäbigkeit die Abwicklung vieler Behördenprozesse im Staat. Gleichlaufend zu einer umfassenden Verwaltungsdigitalisierung muss die Gesetzgebung die bürokratischen Umfänge und Vorschriften stark minimieren – ein schlechter analoger Prozess digitalisiert, ist ein schlechter digitaler Prozess - insbesondere bei der Steuer- und Finanzbürokratie!



Maßnahmen:

- Entwicklungsstopp bei allen nicht voll funktionsfähigen deutschen Verwaltungssystemen; stattdessen Lizenzierung funktionsfähiger Systeme von führenden Digital-Nationen (z.B. Dänemark oder Estland)
- Einführung des Kirchhof-Modells als einfacheres, unbürokratisches Steuermodell (Flat-Tax ab best. Einkommen, nur Leistungsbesteuerung - keine Substanzsteuer, Vereinfachung des Unternehmenssteuerrecht)
- Komplexitätssenkung: Reduzierung/ Zusammenlegung von Ministerien, Delaying/ Rightsizing in Ministerien und Behörden, Abschaffung der Beauftragten
- Abschaffung des Lieferkettensorgfaltspflichten-, des Heizungsgesetzes und des Erneuerbare-Energien-Gesetzes sowie der CO₂-Steuer; Abschaffung der Sektorenziele für Kohlenstoffdioxid
- Klimaschutz über branchen- und sektorenübergreifenden Emissionshandel (einfaches Anreizsystem zur effizienten Treibhausgas-Reduktion)
- großflächige Subventionsstreichung (Pendlerpauschale, E-Auto-Prämie, ...); idealerweise Entfall aller nationalen Subventionen
- Ziel = Estland-Modell (E-Estonia): die digitale Replikation und Abwicklung aller staatlichen Dienstleistungen (gleiche EU-Rahmenbedingungen)

v. Infrastruktur und Energie

Um die aktuellen Probleme im Bereich Infrastruktur und Energie zu lösen, braucht es 3 Dinge: Entbürokratisierung, Kapitaleinsatz und Ehrlichkeit.

Maßnahmen:

- Vereinfachung und Beschleunigung der Genehmigungsverfahren für Infrastrukturprojekte; dynamischere Widerspruchsverfahren (schnelle Rechtssicherheit)
- massive Investition in die Instandsetzung und Erweiterung der deutschen (Energie-)Infrastruktur
- Ehrlichkeit: sinnvoller, ideologiefreier Ausbau der Mobilitätsinfrastruktur (Auto, Bahn, Bus und Flugzeug); Eingrenzung des Fahrplans der DB auf das realistisch Machbare
- Ausweitung des Energieangebotes: Ausbau umwelttechnisch stark überwachten Fracking-Aktivitäten in Deutschland; Fortführung der Forschung an Kernkraft und- fusion, erneuerbare Energien (Wind und Sonnenenergie) und Geothermie



vi. Migration:

Deutschland macht es den Falschen leicht und den Richtigen schwer: Während integrationsunwillige Migranten den überforderten Staat aushöhlen, scheitern hochqualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland an einem Wirrwarr aus Visa-Vorschriften, Anerkennungschaos und Bürokratie. Für die klügsten Köpfe der Welt ist unser Land längst unattraktiv geworden – dabei entscheidet gerade ihre Zuwanderung über unseren wirtschaftlichen Erfolg und unsere Zukunftsfähigkeit. Wir wollen diesen Trend umkehren und Migration im Sinne aller organisieren. Dazu ist es essenziell, zwischen Erwerbsmigration und Asyl zu unterscheiden.

Arbeitsmigration ohne Umwege:

- Jobs-First-Ansatz: ausländische Arbeitskräfte, die in Deutschland arbeiten wollen, müssen schnell und unbürokratisch eine Aufenthaltserlaubnis und eine Ausbildungsanerkennung erhalten
- Schaffung eines Lebensumfelds, das Spitzenkräfte überzeugt: sichere Städte, ein faires Steuersystem und exzellente Bildung für deren Kinder

Asyl: Humanitärer Schutz statt rechtsstaatlicher Aushöhlung

- klare Ausrichtung am Dublin-Verfahren: Rückstellung bei erfolgreichem Asyl in „sicheren Drittstaaten“ muss die Regel sein
- Priorisierung: anerkannte Schutzbedürftige müssen Chancen zur Teilhabe und Förderung bekommen

Klare Regeln: Jeder, der sich an unsere Regeln hält und zu unserer Gesellschaft beiträgt, muss die Chance haben sich durch Leistung und Eigenverantwortung, Erfolg und Anerkennung zu erarbeiten.

Unser Verständnis von „Chancen für alle!“ gilt auch für Menschen, die nicht in Deutschland geboren sind.



Chancen für Menschen im Ruhestand:

vii. Rente:

Die Überalterung der deutschen Bevölkerung stellt das Rentensystem vor große Herausforderungen, die nicht allein durch Arbeitsmigration oder Familienpolitik bewältigt werden können. Bei der Neuorganisation der Altersvorsorge sollte man zwei Maxime berücksichtigen: Einerseits die Schaffung einer zukunftsfähigen Aktien-Rente. Andererseits muss die private Altersvorsorge gezielt gestärkt werden – damit Menschen im Alter nicht vom Staat abhängig, sondern frei und selbstbestimmt leben können.

Maßnahmen zur Reformation des Rentensystems:

- Neustrukturierung als Aktien-Rente: Wechsel vom der umlagebasierten auf die kapitalgedeckte Rente (breite Investition in Aktien und Deutschland-Fonds (Startups))
- Dynamisierung des Renteneintrittsalters: Anpassung an wirtschaftliche Entwicklung und Lebenserwartung
- Incentivierung des Arbeitens nach dem Erreichen des Renteneintrittsalters

Maßnahmen zur privaten Altersvorsorge:

- schulische Bildung im Bereich Vermögensbildung und Altersvorsorge
- Förderung der privaten Vermögensbildung der deutschen Bevölkerung: gerechte Steuerpolitik, großzügige Freibeträge bei der Grunderwerbs- und der Kapitalertragssteuer (zum Zweck der privaten Altersvorsorge!)
- Verdoppelung Grundfreibetrag
- 1.000€ Freibetrag auf Kapitaleinkünfte pro Monat (statt pro Jahr)
- Kapitalertragsteuer auf 15% senken



Epilog:

VI. Selbstreform statt Schuldzuweisung – unsere Verantwortung als Jugendorganisation

Deutschland steht vor gewaltigen Herausforderungen – ökonomisch, politisch und gesellschaftlich. Doch bevor wir als Junge Liberale Anspruch auf eine Reform der Mutterpartei FDP erheben, gilt es, uns selbst zu hinterfragen: Was tun wir, um selbst besser zu werden? Eigenverantwortung beginnt bei uns. Wir erkennen an, dass wir als Jugendorganisation der FDP zu lange im Modus der Selbstbespiegelung, der internen Debatten und Formfragen verharret haben. Es ist Zeit, den Fokus neu zu setzen.

Maßnahmen:

- mehr Engagement vor Ort: Politik beginnt nicht in Brüssel oder Berlin – sondern im Bus, im Jugendzentrum und am Ausbildungsplatz: wer von Eigenverantwortung spricht, muss auch dort Verantwortung übernehmen, wo die Probleme beginnen – im Alltag der Menschen
- stärkere Präsenz in den Jugendparlamenten und Gemeinderäten
- Einbringen unserer individuellen Sicht auf aktuelle Probleme, um die heranwachsenden Generationen politisch stärker einzubinden und für die Chancen des Liberalismus zu begeistern
- weg von Ideendebatten auf Nebenschauplätzen, hin zu klaren Konzepten und echter Erneuerung

VII. Fazit

Als Junge Liberale wollen wir mit diesem Positionspapier zwei Anstöße liefern. Einen ersten Vorschlag zur Schaffung einer FDP die liberale Politik mit einer klaren Identität macht. Eine Partei, die weiß, was sie will und welches Leitmotiv ihrer politischen Arbeit zugrunde liegt.

Weiterführend machen wir einen zweiten Vorschlag auf dem Weg zu einer inhaltlichen, der liberalen Identität folgenden, Neuausrichtung. Eine Diskussionsgrundlage für eine politische Programmatik, die mehr ist als „Steuersenkung + X“. Eine durchgängige, stringente Erzählung, die „Chancen für alle!“ ermöglicht und damit ein politisches Angebot macht, das der FDP eine vielversprechende Zukunft verheißen kann.

Wir freuen uns auf Anregungen, Kritik und Rückmeldungen bezüglich unserer Ideen und Vorschläge ebenso wie auf eine anregende Diskussion!



Verfasser des Papiers:

Vi-Khang Krauß

Simon ...

Kai Neubert

Luisa Strobel

Lenn Richter

Andreas Ebnet

Niklas Hauptmann